

Experten diskutieren in Strobl am Wolfgangsee über den Zustand des österreichischen Sozialsystems

Generationenkonflikt – eine Mär?

Von Nina Flori

- Demographische Schiefelage als Problem.
- Ruf nach höherem Pensionsantrittsalter.
- Erwerbsquote muss steigen.

Strobl. Ein im Jahr 2010 neugeborenes Mädchen darf sich aktuellen Prognosen zufolge bereits über eine Lebenserwartung von 100 Jahren freuen. Dass die Österreicher immer älter werden, ist bekannt. Gleichzeitig sank die Geburtenrate in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich. Während in der sogenannten Babyboomer-Generation Ende der 50er Jahre rund 130.000 Kinder im Jahr geboren wurden, kommen heute nur noch rund 78.000 Kinder pro Jahr zur Welt.

Um über die Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf das österreichische Sozialsystem zu diskutieren, trafen sich am Donnerstag im Rahmen des dritten Sommerdiskurses in Strobl am Wolfgangsee (Salzburg) Experten aus dem sozialrechtlichen Bereich.

„Die Herausforderung ist es, die demographische In-

homogenität in der Bevölkerung auszugleichen“, sagte Wolfgang Mazal, Sozialrechts-Professor an der Universität Wien. „Nach dem Bismarksystem ist es das Grundmuster unseres Sozialsystems, dass die Aktiv-Generation das erwirtschaftet, was all jene, die nicht mehr im Aktiv-System sind, brauchen.“

Einen Leistungsanspruch erhalte nach dem Umlage-System jeder, der einmal in den Topf eingezahlt habe. „Diejenigen, die einen Anspruch haben, dürfen natürlich nicht enttäuscht werden. Das fordert der Vertrauensschutz“, betonte Mazal. Gleichzeitig könnten die heute Jungen, die stark in der Minderzahl seien, aber nicht einmal mehr die kollektivvertraglich vorgesehenen Erhöhungen der Pensionen finanzieren.

Mazal: Dürfen Junge nicht im Stich lassen

„Die Tatsache, dass die Aktiv-Generation immer schmaler wird, führt zu einem Nachhaltigkeitsproblem in unserem Sozialsystem, das die Jungen mit einem großen Systemumbruch bezahlen müssen“, konstatierte der Sozialrechtler. „Wir dürfen sie da nicht im Stich lassen.“

Es gelte daher, das Sys-



Unterschiedliche Ansichten zum Generationenkonflikt: Arbeitsrechtler Wolfgang Mazal (l.) und Kabinettschef Joachim Preiss beim Sommerdiskurs in Strobl. Foto: flor

tem so umzubauen, dass es den Veränderungen der Gesellschaft nachhaltig gerecht werde. „Als das Pensionsantrittsalter festgesetzt wurde, sind nur zehn Prozent der Menschen älter als 65 Jahre alt geworden“, sagte Mazal. Eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters ist seiner Ansicht nach daher durchaus legitim. Weiters forderte er, das Problem der Altersarbeitslosigkeit nicht länger unter dem Deckmantel der Pensionie-

rungen zu kaschieren. „Alle Tätigkeiten, die wir heute bedenkenlos von Zivildienern verlangen, könnten auch Menschen um die 60 machen“, so der Experte.

Preiss gegen „Demographiekeule“

Joachim Preiss, Kabinettschef im Sozialministerium, zeigte sich nicht ganz einverstanden mit den Expertendiskussionen bezüglich des Sozialsystems. Er kritisierte, dass diese „völlig aus-

dem Ruder laufen“.

Ständig würden die Jungen mit der „Demographiekeule“ erschlagen, wonach sie „die wahnsinnig drückende Last der Alten schultern müssten“. Auch werde andauernd von der „Massenverarmung der Pensionisten“ gesprochen. Beides stimme aber nicht. Er verwies auf die in den vergangenen Jahren gestiegene Produktivität und die Einsparungen aufgrund der seit den 90er Jahren stark

zurück gegangenen Pragmatisierungen im Beamtenpensionssystem. Zudem sei die Deckungsrate im Pensionssystem insgesamt angestiegen: „Während sie im Jahr 1970 nur 68 Prozent betrug, konnte sie bis zum Jahr 2010 auf 84 Prozent gesteigert werden. Der Staat muss heute also wesentlich weniger zuschießen“, unterstrich Preiss.

Abhilfe auch durch mehr Kinderbetreuung

Die Situation im Sozialsystem sei im Gesamten jedenfalls stabil. Mit der Demographie müsse man sich natürlich trotzdem beschäftigen. Um das Sozialsystem auch in Zukunft finanzieren zu können, sprach er sich für eine Steigerung der Erwerbsquote aus. Vor allem Frauen sollten dazu animiert werden, verstärkt einer Beschäftigung nachzugehen – Voraussetzung dafür sei freilich die Schaffung eines „endlich ausreichenden“ Kinderbetreuungsangebotes.

„Und ein Ende sollte auch dem sozialverträglichen Beschäftigungsabbau über das Pensionssystem gesetzt werden“, forderte Preiss. Das faktische Pensionsantrittsalter könne einfach nicht bei 58 Jahren liegen. ■

„Nachhaltiger Schaden für die Polit-Landschaft“

Von Peter Wötzl

- Haider-Konten: Politologe Plasser sieht „Katastrophe“ für Politiker-Image.
- Staatsanwälte und Richter wehren sich gegen zunehmende Polit-Vorwürfe.

Wien. Es ist längst nicht mehr nur ein politisches Sommergewitter: Die heftig geführte Auseinandersetzung rund um die vermeintlichen Haider-Konten in Liechtenstein erreicht eine neue Dimension. Die ins Schussfeld geratene Justiz wehrt sich gegen „unsachliche, persönlich motivierte Unterstellungen“ – bezogen auch auf Buwog- und Hypo-Verfahren. Dazu warnt Politologe Fritz Plasser im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“ vor einem nachhaltigen Schaden für die gesamte Polit-Landschaft in Österreich.

Die massive Berichterstattung werde nicht nur ein anders akzentuiertes Bild von Jörg Haider hinterlassen, sagt Plasser. Insgesamt gehe es weit über Haider, FPÖ und BZÖ hinaus. „Das Ganze ist natürlich katastrophal. Es trifft auf höchst latente Vorbehalte der Bevölkerung in Bezug

auf Parteienfinanzierung, Korruptionsanfälligkeit, ja wie sich politische Eliten und Parteieneliten eben verhalten“, so Plasser. Er sieht die Gefahr einer Generalisierung. Denn: „Man glaubt plötzlich in einem Sumpf zu versinken. Mit Geldbeträgen, mit Geheimcodes – das ist alles Stoff für einen Polit-Thriller. Und das unabhängig davon, wie real das Ganze jetzt wirklich ist“, sagt der Politologe weiter.

SPÖ und ÖVP können sich nicht zurücklehnen

Und: SPÖ und ÖVP können sich nach Meinung Plassers nicht entspannt zurücklehnen und warten, bis das vermeintliche Sommergewitter wieder abzieht. Plas-

ser: „Sie sitzen nicht im Trockenen.“

Wie aber wäre jetzt gegenzusteuern? Gerade in der angestrebten Neufassung des Parteienfinanzierungsgesetzes (dazu gibt es eine parlamentarische Arbeitsgruppe) sieht der Politikwissenschaftler spätestens ab Herbst eine „dringende Sonderarbeit“. Wobei das weit über rigidere Vorschriften zur Offenlegung von Parteispenden – derzeit müssen Spenden ab 7260 Euro lediglich dem Rechnungshofpräsidenten gemeldet werden – hinausgehen müsse. Da gehe es auch um Unvereinbarkeiten, Kontakte von politischen Eliten (Stichwort: Code of Conduct), präzisiert Plasser.

Nicht nur die Politik werde in diesem speziellen Fall beschädigt, auch die Medien und die Justiz, meint OGM-Chef Wolfgang Bachmayer gegenüber der „Wiener Zeitung“. Alles werde wieder aufgerollt, etwa wie unabhängig, wie objektiv, wie schnell die Justiz in politischen Fällen agiert.

Generell leide die Glaubwürdigkeit, das fördere ohnehin nur das mangelnde Vertrauen, die Politikverdrossenheit, so Bachmayer.

Justizvertreter gegen Korinek und Fiedler

Für zusätzliche Brisanz ist gesorgt. Zuletzt gab es einen Aufschrei der Justiz: Die Bundesvertretung der Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) wies die gegen die Staatsanwälte erhobenen Vorwürfe im Zusammenhang mit den Buwog- und Hypo-Ermittlungen sowie den angeblichen Haider-Konten zurück.

„Die Staatsanwaltschaften lassen sich durch diese unsachlichen, persönlich motivierten Unterstellungen in ihrer sachlichen Arbeit weder beirren noch behindern“, hieß es dazu in einer Aussendung.

Der Vorsitzende der Vertretung der Richter und Staatsanwälte in der GÖD, Klaus Schröder, bezog sich einerseits auf betroffene Po-

litiker, die von einer „politischen Hetzjagd“ und einer Instrumentalisierung der Staatsanwaltschaft durch die Regierung gesprochen hatten, und andererseits auf Vorwürfe, die Anklagebehörden würden gegen Politiker nur schleppend und zögerlich vorgehen.

Zudem wies er auch die Vorwürfe des früheren Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Karl Korinek, und des Ex-Rechnungshofpräsidenten Franz Fiedler zurück. Korinek hatte den Staatsanwälten mangelnden Arbeitseifer und Effizienz vorgeworfen, Fiedler hatte beklagt, dass in Fällen, „in denen Ex-Politiker und Millionen involviert sind“, nicht genug weitergehe.

Schröder unterstellte Korinek, nie eine Staatsanwaltschaft von innen gesehen zu haben und hält Fiedler vor, sich mit „massiven Vorwürfen“ eines ehemaligen Rechnungshofprüfers hinsichtlich der Buwog-Prüfung auseinandersetzen zu müssen. Der Gewerkschaftsvertreter rät beiden, „sich nicht weiter in die gesetzliche Tätigkeit der Anklagebehörden einzumischen“. Und: „Die Gerichte und Staatsanwaltschaften werden weiterhin unbeirrt ihren gesetzlichen Auftrag zur Aufklärung strafrechtlich relevanten Fehlverhaltens erfüllen.“ ■

■ Kurz notiert

Für Zuwanderung: 52 Prozent der Österreicher sind der Meinung, dass Zuwanderung wichtig ist, da dadurch die Geburtenrate steigt, und weil die Wirtschaft in Zukunft mehr Arbeitskräfte braucht. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes „market“, bei der 500 Personen über 16 Jahre befragt wurden.

Haft für Postdieb: Fünf Jahre und sieben Monate muss ein 26-jähriger Georgier ins Gefängnis, nachdem er von einem Innsbrucker Schöffengericht wegen schweren Einbruchsdiebstahl schuldig gesprochen wurde. Der Angeklagte hatte im Oktober 2008 im Innsbrucker Hauptpostamt mit bisher unbekanntem Mittätern drei Tresore gestohlen und insgesamt 180.000 Euro erbeutet.

Paulinenwarte offen: Kommen Samstag kann die 23 Meter hohe Paulinenwarte im Wiener Türken-schanzplatz nach einer 25-jährigen Sperre und einer Generalsanierung wieder bestiegen werden.

Linie U4 geteilt: Wegen Gleisbauarbeiten im Bereich Spittelau wird die Linie U4 an den nächsten zwei Wochenenden bei der Station Friedensbrücke geteilt. ■



Plasser: Reformbedarf bei Parteienfinanzierung. Foto: apa